Interview mit einem Mitglied der »Solidarischen Kirche« in der DDR

Vorbemerkung der Redaktion: Das Interview entstand im März 1988. (Die Namen sind der Redaktion bekannt.) Grundlagendokumente der »Solidarischen Kirche« sind auf S. 21 ff. dokumentiert. -g.k.-

Frage: Wie würdest Du die Entwicklung in der DDR nach der Verhaftungswelle im Januar/Februar sehen?

Antwort: Von uns aus läßt sich sagen, daß es spontan eine sehr starke Reaktion gegeben hat. Es gab eine sehr große Beteiligung an den Friedensgebeten. Höchstwahrscheinlich auch deshalb, weil man einfach aus einem totalen Informationsdefizit und aus einer ziemlich großen Unklarheit, was man überhaupt tun könnte, diesen einzigen Ort aufgesucht hat, an dem man noch, neben Deutschlandfunk und Rias, gute Informationen bekommen hat.

Dabei muß man wahrscheinlich deutlich sagen, daß sich die Verhältnisse in der DDR doch von denen in Berlin abheben. Jedenfalls kam es bei uns bei weitem nicht zu den Provokationen, die in Berlin stattgefunden haben. Die Aktivitäten waren im ganzen auch weniger stark strukturiert. Es waren unwahrscheinlich viele Leute, die kamen. Am Anfang waren es wenig, dann mußten wir die Gemeinderäume verlassen und in die Kirche selber ziehen. Täglich und stetig stiegen die Zahlen. Allerdings passierte relativ wenig, bis auf eine spektakuläre Aktion. Sonst gab es eine Reihe von spontanen Aktionen.

Die Situation ist durch die Ausbürgerungen oder die Ausweisungen der am 17. Januar Verhafteten und auch der, die am 25. inhaftiert wurden, ein bißchen umgekippt. Man hat sich mehr selber zum Thema gemacht, da die, die zum größten Teil die Kirche gefüllt haben, Leute waren, die ausreisen wollten und, durchaus berechtigt, auf sich aufmerksam machen wollten. Sie wollten so möglicherweise auch die Ausreise forcieren. Das brachte einfach das Problem nach sich, daß die Kirche sich gefährdet sah, als Hebel für die Erzwingung von Ausreisen in den Westen in Funktion genommen zu werden.

Ähnlich wie dann auch in Berlin kam es zu Abgrenzungen gegenüber den Ausreisern, die schon nicht mehr gut waren. Unsere Vorbereitungsgruppe hat versucht, bei der Vorbereitung von Friedensgebeten, vor den Leuten bei den Friedensgebeten und auch in anderen Diskussionen deutlich zu machen, daß hier eine Abgrenzung sehr ungesund ist. Denn die Ausreiseleute fahren ja nicht unbegründet, sondern das Problem ist immer auch eins, was uns betrifft.

Außerdem ist die Abgrenzung von den Ausreisern eine Sache, die wir im Moment überhaupt nicht brauchen. Es ging ja eine Weile tatsächlich die Vorstellung um, man sollte nur die zu Wort kommen lassen, die nicht ausreisen wollen.

Frage: Warum wollen die Leute ausreisen? Wie ist Euer Verhältnis zu den Ausreisern grundsätzlich? Wie sieht das Verhältnis zwischen den unabhängigen Gruppen und den Ausreisewilligen aus?

Antwort: Die Sache ist dadurch ziemlich kompliziert, daß es sehr viele unterschiedliche Gründe für die Ausreise gibt. Es scheint oftmals auch das alte „Weihnachtsmannproblem" zu sein, denn man hat immer die besten Weihnachtsgeschenke aus dem Westen bekommen. D.h., daß der Westen tatsächlich für sehr viele aufgrund einer besseren Wirtschaft zieht, einer besseren Versorgung und sekundär offensichtlich dann auch noch größerer Freiheit. Daß der BRD-Alltag mit Arbeitslosigkeit und Entwurzelung schwierig ist, wird darüber vergessen.

Dazu kommt, daß während in unseren Medien die „heile Welt" der DDR dargestellt wird, die Menschen eine Alltagswirklichkeit erleben, die dem nahezu völlig entgegensteht. Auf Grund der zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten vergrößert sich die Kluft ständig.

Aber offensichtlich ist es für viele auch ein Problem, mit sich selber klarzukommen; denn ob ihnen durch die Ausreise gedient ist, und ob uns gedient ist, muß immer wieder angefragt werden, denke ich.

Für die Stellung der Ausreiser in den Gruppen, in den unabhängigen Gruppen, müssen wir sagen, daß sie ja in diesen Gruppen sind. Oft ist es so, daß die Ausreiser sich auch stark exponieren. Weil sie schon mit einem Bein im Westen sind, riskieren sie viel mehr und trauen sich viel mehr, als das die anderen tun. Das ist eigentlich eine günstige Sache, darf aber auch nicht bis zu Provokationen gehen. Das ist eben die andere Gefahr, um die herumlaviert werden muß: daß sich Leute tatsächlich, um ihre Ausreise zu beschleunigen, überall zeigen – und das möglicherweise sehr unqualifiziert.

Insgesamt ist es sicher erforderlich, daß wir über die Ausreiseproblematik ins Gespräch kommen. Das ist das, was zur Zeit auch ansteht. Es ist allerdings sehr schwierig, weil genau dieses Gespräch überhaupt nicht gewünscht wird und fast nur in Kirchenmauern, und auch da unter extremer Beobachtung, möglich ist.

Denn hier müßte man auch deutlich sagen, weshalb die Ausreise unseren Staat zur Zeit so sehr belastet. Denn daran wird ganz klar sichtbar, daß die Entwicklung in der DDR, die so nicht mehr weiterführbar ist, eine Lösung verlangt; daß man mit der Politik der Abgrenzung in eine Aporie (1) gekommen ist, die einfach nicht mehr lösbar ist.

Denken und Handeln unterscheiden sich so weit, daß die Lösung für die meisten dann tatsächlich nur noch die ist, nach drüben bzw. in die innere Emigration zu gehen. Da drüber müßte eben gesprochen werden. Und es müßte das, was sich tatsächlich langsam an Widerspruch ergibt, gesammelt werden und zu einer vernünftigen gemeinsamen Lösung, die wohl eben nur im Gespräch denkbar ist, geführt werden. Ob dabei spektakuläre Aktionen immer sehr hilfreich sind, müßte man auch hinterfragen.

Frage: Ist es nicht so, daß die Verhältnisse die Leute rauszwingen? Müssen nicht die Verhältnisse geändert werden, um das Problem der Ausreise-Antragsteller zu lösen?

Antwort: Dem ist auf jeden Fall zuzustimmen. Was wir bräuchten, wäre einfach mehr Öffentlichkeit, freie und freiere Meinungsäußerung, als das bis jetzt möglich ist, mehr Durchsichtigkeit in der Verwaltung und eine Thematisierung der individuellen Menschenrechte, die eben bis jetzt immer nur unter Verweis auf die bei uns favorisierten sozialen Menschenrechte verdrängt wurde. Die Schwierigkeit bei all diesen Dingen liegt wohl darin, daß man mit dem „Partner", sofern man den Staat als Gesprächspartner verstehen will, immer nur sehr vorsichtig umgehen darf, weil

bestimmte Reizthemen entweder nicht gehört werden oder mit massivem Druck beantwortet werden. Hier ist Taktieren und Lavieren eben Schicksal der Politik innerhalb der DDR.

Frage: Haben denn die letzten Ereignisse nun die unabhängigen Gruppen geschwächt, oder sind sie gestärkt daraus hervorgegangen?

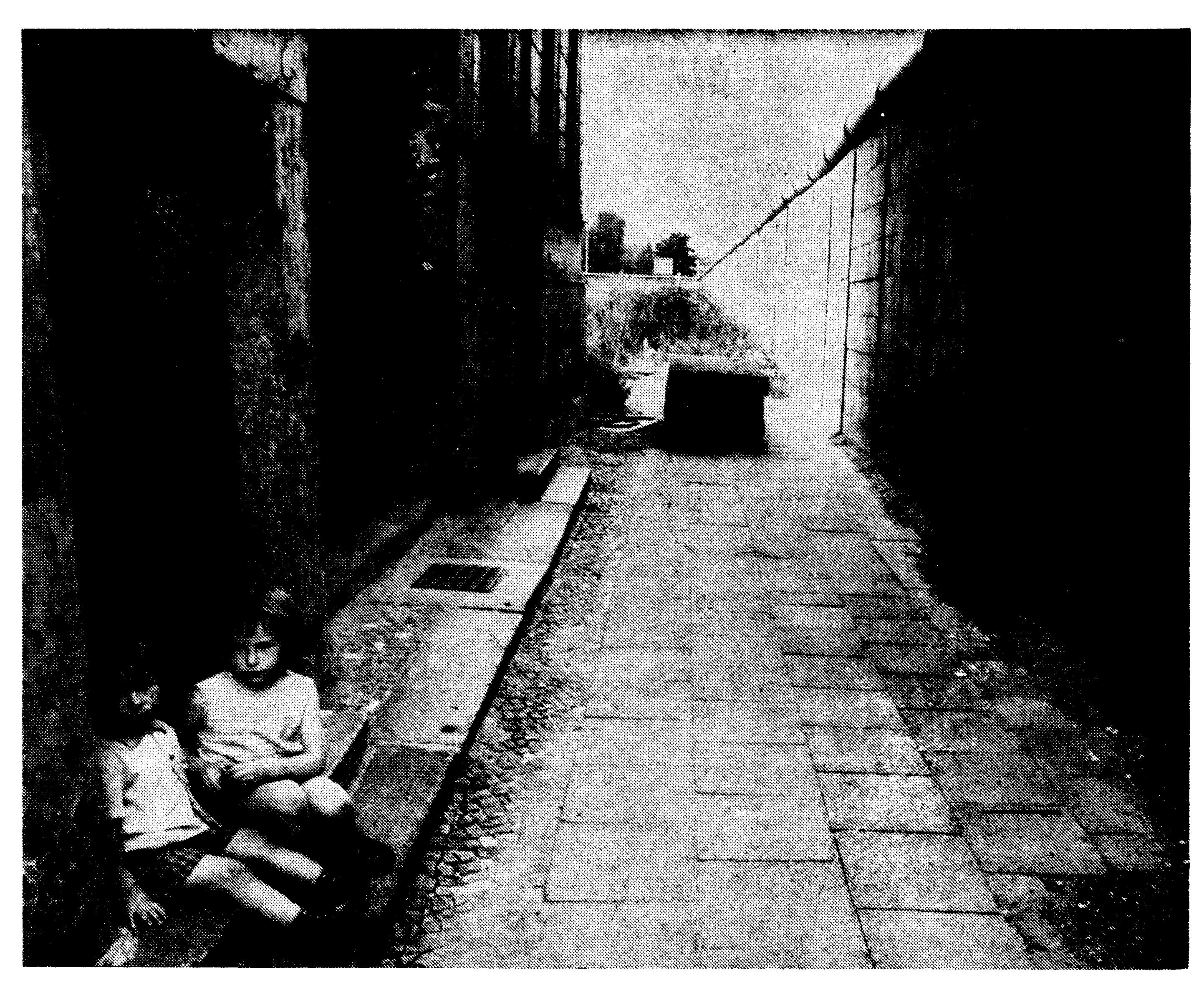
Antwort: Mit Sicherheit haben sich die unabhängigen Gruppen profiliert durch die Ereignisse. Erstens war es ein gutes Erlebnis, eine große Masse bewegt zu sehen; zum zweiten hat man einfach gelernt, sich zu artikulieren und verstanden zu werden. Ich denke durchaus, daß die unabhängigen Gruppen an der Stelle weiter gehen können und mit überlegter und kontinuierlicher Arbeit wohl Erfolg haben werden.

Frage: Du bist aktiv in der »Solidarischen Kirche«. Was habt Ihr für Ziele, und wie sieht Eure Arbeit aus?

Antwort: Die Solidarische Kirche versteht sich als eine Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche. Sie hat als eine ihrer Aufgaben, Demokratisierungsprozesse eben auch gerade in der Kirche voranzubringen. Mit Demokratisierung ist gemeint, die Demokratisierung der Kirche im Sinne einer Gemeinschaft von mündigen Christen, die nicht von Demokratisierungsprozessen in der Gesellschaft getrennt werden kann und soll. Dazu gehört auch die Solidarisierung innerhalb der Kirche im Sinne einer Mitarbeitergewerkschaft (2), die personale und rechtliche Mißstände einklagen kann und dies auch schon getan hat. Und letzlich wollen wir auch die Solidarisierung mit Rand-Gruppen, auch außerhalb der Kirche, die politisch diskriminiert werden, sowie ein Eingehen auf aktuelle politische Probleme im Rahmen der Möglichkeiten der Kirche. Die Solidarische Kirche arbeitet in letzter Zeit stark in Regionalgruppen, in den einzelnen Landeskirchen, als kritische Begleitung der Landeskirchen auf Synoden und anderen kirchlichen Gremien und als Forum gegenseitiger Information und Reflexion der Situation der Kirchen und der Gesellschaft DDR.

(1) (griech.) Unmöglichkeit, eine philosophische Frage zu lösen; allg. übertragen: Unmöglichkeit, eine richtige Entscheidung zu treffen.

(2) Die Mitarbeitergewerkschaft hat sich gerade erst gebildet und versucht, die Interessen der kirchlichen Mitarbeiter und Auszubildenden gegenüber der Kirchenleitung zu vertreten. Dabei geht es ihr besonders um die Kontrolle und Abwehr von Ausbildungs- und Berufsbehinderungen für kirchliche Mitarbeiter.



Die Mauer durch Berlin - seit dem 13. August 1961...